

Antisemitismus an Hochschulen in Geschichte und Gegenwart

Kontinuitäten – Interventionen – Bedarfe



**Universität
Marburg**

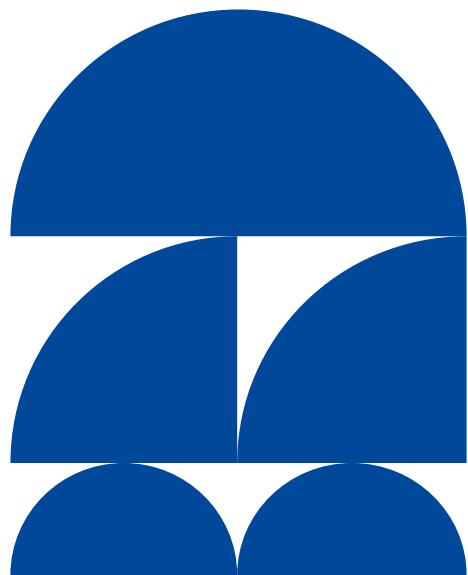


RIAS HESSEN
Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Hessen

Uriel Kashi

„Neben mir saß mein Feind“

Erfahrungen jüdischer Studierender
an westdeutschen Hochschulen
in den Jahren nach 1945



Die Rolle jüdischer Studierender im westdeutschen Hochschulsystem nach 1945 ist bislang nur punktuell untersucht worden. Dabei eröffnet ihre Perspektive einen besonderen Zugang zur Frage, wie sich demokratischer Neuanfang und fortwirkende Kontinuitäten der NS-Zeit in alltäglichen Bildungszusammenhängen überlagerten. Der vorliegende Text befasst sich mit den Erfahrungen jüdischer Studierender seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und zeichnet nach, wie sie Diskriminierung, Marginalisierung, aber auch politische Selbstbehauptung und institutionellen Wandel erlebten.

Jüdische Studierende im Nachkriegsdeutschland – eine heterogene Gruppe

Die Vorstellung, jüdische Studierende im Nachkriegsdeutschland bildeten eine klar umrissene Gruppe, greift zu kurz. Ihre Herkunft und Lebensgeschichten waren vielfältig: Neben deutsch-jüdischen Überlebenden und ihren Kindern fanden sich unter ihnen auch Displaced Persons aus Osteuropa, Nachkommen alliierter Soldaten mit temporärem Aufenthalt in Deutschland – und nicht zuletzt junge Israelis¹, die sich für ein Studium an deutschen Hochschulen entschieden. Trotz dieser Unterschiede bewegten sie sich alle in einem akademischen Umfeld, das auch Jahre nach Kriegsende noch von der nationalsozialistischen Vergangenheit geprägt war.

Unmittelbar nach Kriegsende eröffneten sich im Nachkriegsdeutschland für viele jüdische Überlebende neue Bildungswege, die – meist nicht aus naiver Zuversicht gegenüber Deutschland, sondern aus pragmatischen Motiven genutzt wurden. Die alliierten Besatzungsbehörden – insbesondere die britische und amerikanische Militärverwaltung – setzten sich in ihren Zonen dafür ein, dass auch jüdische Displaced Persons² Zugang zu universitäter Bildung erhielten.

Formale Gleichstellung – faktische Ausgrenzung

Obwohl sich die Universitäten jener Zeit als „neutrale Orte der Wissenschaft“ präsentierten und allen Studierenden formale Gleichberechtigung garantierten, erlebten jüdische Studierende im Nachkriegsdeutschland keinen normalen Hochschulalltag. Antisemitismus war zwar nicht mehr institutionell verankert wie im Nationalsozialismus, doch er war weiterhin präsent.

Er begann in der physischen Umgebung. Gebäude, in denen Vorlesungen stattfanden, waren nicht selten mit Relikten aus der NS-Zeit versehen – Hakenkreuze in schmiedeeisernen Gittern, Reichsadler an Fassaden blieben als stumme „Zeitzeugen“ unkommentiert im Alltag präsent. Auch in der studentischen Zusammensetzung zeigte sich Kontinuität: Viele deutsche Studierende waren Kriegsheimkehrer, ehemalige Wehrmachtsangehörige oder NSDAP-Mitglieder. Einige trugen bei Vorlesungen noch Uniformreste oder Wehrmachtsstiefel.

¹ Hahn, Jonas (2023): Die Deutsch-Israelischen Studiengruppen und die frühen studentischen Kontakte mit Israel 1948–1972. Göttingen: Wallstein.

² Vgl. Velke-Schmidt, Marcus (2010): Zwischen Universität und Lagerleben. Zum Studium von Displaced Persons in Bonn und Köln. In: Mediengeschichte, Essen, S. 177–207, hier: S. 178

Atmosphärische Spannungen und subtile Diskriminierung

Auch wenn Konflikte selten offen ausgetragen wurden, beschreiben jüdische Studierende ein spürbares Klima des Misstrauens und der Entfremdung. Die deutsche „Normalität“ – die rasche Rückkehr zu Routinen, das öffentliche Schweigen über die NS-Verbrechen und das Ausbleiben sichtbarer Reue – wurde von vielen als verstörend empfunden.

Der damalige Präsident der Jüdischen Studentenunion in Heidelberg, Marcel Tuchman, fasste diese Atmosphäre folgendermaßen zusammen.

„Äußerlich gaben wir uns neutral – aber neben mir saß mein Feind. Er hasste mich, und ich hasste ihn.“³

Hinzu kamen eine Vielzahl kleiner Gesten der Ausgrenzung, die das Gefühl vermittelten, nicht wirklich dazugehören: Kommiliton*innen, die keine Notizen weitergaben, Räume nicht erklärten, Anfragen unbeantwortet ließen.

Offene Anfeindung und antisemitische Übergriffe

Die Erfahrungen jüdischer Studierender beschränkten sich jedoch nicht nur auf subtile Formen von Ausgrenzung. Stattdessen wurde das Schweigen immer wieder durch plötzliche Ausbrüche verbaler Herabwürdigungen aufgebrochen:

Die Studentin Sophie Schorr berichtet etwa, dass sie aufgrund ihrer geringen Körpergröße einen Klappstuhl in den Hörsaal brachte, um möglichst weit vorne sitzen zu können. Dabei verspotteten sie ihre Kommilitonen mit dem Ausruf: „Schau, schau! Der kleine Jude!“⁴

Von der Universität Marburg ist der Fall überliefert, dass eine jüdische Studentin gefragt wurde, wie es denn komme, dass sie „übrig geblieben“ sei, wo es doch früher „so viele von ihrer Art“ gegeben habe.

Sabina Zimering erinnert sich an ein Psychiatrieseminar, in dem eine Patientin unvermittelt antisemitische Tiraden äußerte – etwa, dass „die Juden uns alle besten Hühner wegkaufen“⁵. Der Professor griff nicht ein; stattdessen reagierte ein Teil der Studierenden mit Applaus, Pfiften, Zustimmung. Nur ein einziger Student widersprach – ein Moment, den Zimering weniger als Ausdruck von Solidarität, denn als Bestätigung ihrer sozialen Isolation erlebte.

In den entbehrungsreichen Jahren der Nachkriegszeit verspürten viele deutsche Studierende offenbar Neid gegenüber ihren jüdischen Kommiliton*innen, ein Gefühl, das unweigerlich an klassische antisemitische Stereotype von Reichtum und Habgier anknüpfte.

³ Harris, Jill Werman (2017): Their Classmates Followed Hitler. They Chose Medical School in Germany. In: Tablet Magazine, 26.07.2017.
URL: <https://www.tabletmag.com/sections/community/articles/their-classmates-followed-hitler>.

⁴ Varon, Jeremy (2014): The New Life. Jewish Students of Postwar Germany. Detroit: Wayne State University Press, S. 206

⁵ Varon (2014), S. 206

Strategien der Selbstbehauptung und jüdische Netzwerke

Jüdische Studierende reagierten auf solche Formen der Ausgrenzung mit einer Mischung von Rückzug und Widerstand. In diesen Kontext gehören auch die Gründung eigener jüdischer Studentenverbände z.B. im Jahr 1945 in München. Diese Zusammenschlüsse boten mehr als nur politische oder organisatorische Funktionen: Sie wurden zu Orten sozialer Stabilität, emotionaler Sicherheit und kollektiver Selbstvergewisserung. Ein Mitglied eines solchen Verbandes sprach rückblickend von seinem „Zuhause in der Fremde“. In diesen Räumen konnte man Hebräisch, Jiddisch oder Polnisch sprechen, gemeinsam jüdische Feiertage begehen und ein Gefühl von Zugehörigkeit aufrechterhalten – ein Gefühl, das im deutschen Alltag ansonsten vollständig fehlte.

Es gab aber auch selbstbewusste Reaktionen jüdischer Studenten auf Anfeindungen: Ein besonders eindrücklicher Vorfall ereignete sich an der Universität München: Ein jüdischer Student namens Weiner, ehemaliger Soldat der Roten Armee, wurde von einem deutschen Kommilitonen mit der Bemerkung bedroht, ein „Pogrom“ könne an der Universität durchaus wieder möglich sein. Weiner erschien am folgenden Tag mit einem Maschinengewehr⁶ im Hörsaal und konfrontierte den Bedroher direkt. Der Vorfall eskalierte nicht, doch die Botschaft war eindeutig: Antisemitische Drohungen wurden ernst genommen – und konnten auf entschiedene Wehrhaftigkeit stoßen.

Personelle Kontinuitäten im Lehrkörper

Antisemitismus manifestierte sich jedoch nicht allein in den Interaktionen unter den Studierenden, sondern ebenso innerhalb des akademischen Lehrkörpers. Nachdem die West-Alliierten ab 1949 die Entnazifizierung weitgehend den Deutschen überließen, kann man eine bemerkenswerte Rückkehr ehemaliger NSDAP-Mitglieder auf Lehrstühle beobachtet, von denen manche zuvor durch die Vertreibung jüdischer Kolleg*innen in der NS-Zeit freigeworden waren. Diese Professoren setzten ihre akademische Laufbahn häufig unbehelligt fort, ohne dass ihre Vergangenheit kritisch hinterfragt wurde.

Eine prominente Ausnahme bildete der Philosoph Max Horkheimer, der 1949 aus dem Exil in den Vereinigten Staaten nach Frankfurt zurückkehrte. Seine Rückkehr hatte jedoch eher symbolischen Charakter – jüdische Stimmen blieben im akademischen Betrieb marginalisiert. Ein Beispiel für personale Kontinuitäten im Universitätswesen ist die Technische Hochschule Hannover: Dort waren 1945 zehn NS-belastete Professoren aus dem Dienst entlassen worden. Statt neue Lehrkräfte zu berufen, hielt die Hochschule diese Stellen über Jahre hinweg unbesetzt – bis schließlich 1954 alle zuvor Entlassenen in ihre Positionen zurückgekehrt waren.⁷ Diese Rückkehr alter Eliten war nicht nur ein strukturelles Problem, sondern hatte konkrete Auswirkungen auf die Situation jüdischer Studierender. Die Beurteilung der jüdischen Studierenden war nicht frei von stereotypen Vorstellungen – vom Bild des „reichen Juden“, des „heimatlosen Intellektuellen“ oder schlicht des Fremden, der nicht dazugehört.

⁶ Varon (2014), S. 206.

⁷ Bax, Daniel (2021): Historiker über Professoren nach 1945: „1954 war auch der Letzte wieder da“. In: taz, 18.06.2021. URL: <https://taz.de/Historiker ueber-Professoren-nach-1945/15725659/>.

Antisemitismus in der akademischen Beurteilungspraxis

Ein exemplarischer Fall ist jener des Zahnmedizinstudenten Mark Langer an der Universität München. Während einer mündlichen Prüfung wurde er gefragt, warum „die Juden alles besser könnten als die Deutschen“⁸. Als er zögerte, ergänzte der Prüfer: „Vielleicht haben Sie ja heute bessere Lebensbedingungen.“ Die akademischen Leistungen des Studierenden wurden nicht als Ausdruck von Fleiß oder Kompetenz anerkannt, sondern durch den Filter antisemitischer Zuschreibungen interpretiert.

Auch an der Universität Marburg ist ein ähnlicher Fall dokumentiert: Eine jüdische Studentin wurde in einer mündlichen Prüfung gefragt, ob sie aufgrund ihrer „Geschichte“ mit einem „Bonus“ rechne – eine Form subtiler Herabsetzung, die Anerkennung mit implizitem Misstrauen verknüpft.

Neue Generation, neue Perspektiven – jüdische Studierende der 1960er Jahre

Während sich die meisten jüdischen Studentenverbände in den frühen 1950er Jahren – häufig aufgrund der Auswanderung ihrer Mitglieder – wieder auflösten, kam es in den 1960er Jahren zu zahlreichen Neugründungen jüdischer Studentenvereinigungen. Als Beispiel sei die Jüdische Studentenvereinigung Heidelberg im Jahr 1963 genannt. Im Gegensatz zu den Studenten der 40er und frühen 50er Jahre sahen sie ihre Zukunft oft in Deutschland und hatten keine Pläne, das Land nach dem Studium zu verlassen. Sie hatte selbst keine direkte Erinnerung an das jüdische Leben vor dem Holocaust. Neben vielen Nachkommen polnischstämmiger Jüdinnen und Juden befanden sich unter den Studierenden, Kinder jüdischer alliierter Soldaten und Studierende, aber auch Menschen, die im Zuge der Flüchtlingswellen anlässlich des Ungarn-Aufstands 1956 oder des Prager Frühlings 1968 nach Deutschland kamen.

Ihre Perspektive auf das Studium in Deutschland war weniger von unmittelbarem Trauma geprägt als von einem wachen Bewusstsein für gesellschaftliche Stimmungen und strukturelle Ausgrenzungsmechanismen. Ausdruck fand dies etwa in einer intensiven Diskussion über die Namensgebung des Heidelberger Verbandes⁹: Sollte man einen expliziten Bezug zu Deutschland im Namen betonen – oder besser eine internationale jüdische Identität, die der Diversität der Mitglieder entsprach? Der Vorschlag, den Verband „Internationale jüdische Studentenvereinigung“ zu nennen, wurde mit der Begründung verworfen, damit antisemitische Stereotype vom „international agierenden Juden“ zu bedienen, ein Stereotyp, das anscheinend auch im universitären Kontext weiterhin präsent war.

8 Varon (2014), S. 215

9 Kashi, Uriel (2005): Religiöse und kulturelle Identität jüdischer Studenten in Westdeutschland zwischen 1968 und 1989. Eine Untersuchung am Beispiel der Geschichte des Bundesverbandes jüdischer Studenten in Deutschland. Magisterarbeit, Freie Universität Berlin.

Politisches Engagement und Erinnerungsarbeit

Politisch engagierten sich die jüdischen Studierenden insbesondere gegen die nur schleppende und häufig halbherzige Aufarbeitung der NS-Verbrechen. Denn auch an den Universitäten fehlte oft weiterhin der Wille zur kritischen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit. Noch 1963 erklärte der Leiter des Psychologischen Instituts der Universität Hamburg Peter R. Hofstätter, die Verfolgung und Ermordung der Jüdinnen und Juden sei als „Kriegsfolge“ zu verstehen – Hitler habe ihnen gewissermaßen „den Krieg erklärt“¹⁰. Eine Formulierung, die NS-Täterideologie in akademischer Sprache reproduzierte – und keineswegs ein Einzelfall im universitären Kontext jener Jahre war.

Als die Bundesregierung 1965 erwog, die Verjährungsfrist für Mord – und damit auch für NS-Verbrechen – auslaufen zu lassen, wandte sich der Heidelberger Verband mit einem offenen Brief an den Bundestag. Darin hieß es:

„Wir sind Anti-Nazi, aber nicht anti-deutsch. [...] Wir glauben, dass sich in der Verjährungsfrage unsere jüdischen Interessen mit den wahren Interessen der Bundesrepublik decken.“¹¹

Auch diese Formulierung ist vielsagend: Analog zur Debatte über die Selbstbezeichnung des Verbandes zielte sie darauf ab, keine antisemitischen Stereotype zu bedienen und potenzielle Abwehrhaltungen innerhalb der deutschen Mehrheitsgesellschaft präventiv zu begegnen. Sie versuchten deutlich zu machen, dass jüdische Kritik an deutscher Politik weder als Ausdruck von „Undankbarkeit“ noch als „Loyalitätsbruch“ missverstanden werden sollte. Die Sorge, missinterpretiert zu werden oder in ihrer Legitimität infrage gestellt zu werden, ist in vielen Protokollen auch in den 1960er Jahren noch deutlich erkennbar.

Gleichzeitig markieren die 50er und 60er Jahre jedoch auch eine Aufbruchstimmung und es gab innerhalb der studentischen Szene erste Gegenbewegungen gegen das Schweigen und die ungeborene Präsenz ehemaliger NS-Täter an den Hochschulen. Bereits 1951 verabschiedete der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) – damals noch SPD-nah – einen bemerkenswerten Beschluss: Alle Deutschen seien verpflichtet, aktiv an einem neuen Vertrauensverhältnis zu jüdischen Menschen im In- und Ausland mitzuarbeiten. Wörtlich hieß es:

„Wir wollen helfen, dass ein Anfang gemacht wird zu einem neuen gegenseitigen Vertrauen, wobei wir als deutsche Menschen den ersten Schritt tun müssen.“¹²

In den 1960er Jahren gewann die kritische Aufarbeitung der NS-Vergangenheit an westdeutschen Hochschulen an Fahrt. Eine neue Studentengeneration stellte provokativ Fragen nach der Rolle ihrer Professoren im „Dritten Reich“ ebenso wie zum Umgang des Staates mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Ein sichtbarer Ausdruck dieser neuen Protestkultur war die Kampagne „Die braune Universität“ (1964–1966)¹³, initiiert von Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition. In Flugblättern und Aktionen prangerten sie an, wie viele ehemalige NSDAP-Mitglieder weiterhin in akademischen Führungspositionen saßen. Diese Kampagne machte publik, dass deutsche Universitäten strukturell noch mit der NS-Zeit verbunden waren.

¹⁰ Marx, Karl (1963): Zum Fall Hofstätter. Eine Stellungnahme des Herausgebers der Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland.
In: Die Zeit, Nr. 37, 13.09.1963.

¹¹ Zit. nach Kashi (2005).

¹² Hahn (2023), S. 21.

¹³ Ebd., S. 159

Ein weiteres bekanntes Beispiel für den studentischen Protest ereignete sich 1967 an der Universität Hamburg: Bei der Amtseinführung eines neuen Rektors entrollten Mitglieder des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) ein Transparent mit der Parole: „Unter den Tälern – Muff von tausend Jahren.“ Auch hier war die Botschaft unmissverständlich: Hinter der institutionellen Würde und akademischen Autorität wirkten weiterhin die ideologischen Rückstände des Nationalsozialismus nach. Die Aktion führte damals übrigens zu tumultartigen Szenen. Ein Professor reagierte mit dem Ausruf: „Sie gehören alle ins Konzentrationslager!“ Eine Aussage, die – unfreiwillig – die Aktualität und Notwendigkeit des Protestes bestätigte.

Der Bruch mit der Linken – Antizionismus und antisemitische Stereotype

Die späten 1960er Jahre brachten jedoch auch eine Intensivierung ideologischer Spannungen mit sich. Während sich Israel in einem existenziellen Verteidigungskrieg befand, vollzog sich innerhalb der linken Studentenszene, insbesondere des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), ein bedeutsamer Paradigmenwechsel. In Solidarität mit antikolonialen Befreiungsbewegungen unterstützten Teile der radikalen Linken zunehmend die arabischen Staaten und kritisierten Israel als vermeintlichen „imperialistischen Aggressor“. Diese zunächst als antikolonialistische Solidarität verstandene Haltung entwickelte sich sukzessive zu einer pauschalen Opposition gegenüber dem Staat Israel und mündete in einer „Israelkritik“, die häufig auf tief verwurzelte Ressentiments zurückgriff.

Als Beispiel sei der Besuch des israelischen Botschafters Asher Ben-Nathan zu einer Diskussionsveranstaltung an der Universität Frankfurt im Jahr 1969 zu nennen. Bei dieser kam es zu massiven Störungen durch Mitglieder des SDS, inklusive Parolen wie „Zionisten raus aus Palästina“, „Ha, ha, ha – El Fatah ist da!“ und „Für den Sieg der palästinensischen Revolution“. Die Veranstaltung musste vorzeitig abgebrochen werden.

Ähnliches geschah an der Universität Hamburg¹⁴. In einem Flugblatt wurde Ben-Nathan als „Herrenmensch“¹⁵ beschimpft, dem man seine „rassistischen Emotionen“ nicht zugestehen dürfe. Auch an anderen Orten – etwa in Nürnberg oder Aachen – wurden israelische Repräsentanten gezielt diffamiert oder ausgeladen. Eine pluralistische, differenzierte Auseinandersetzung zur israelischen Politik wurden von diesen Studierenden nicht gewünscht, die Stimmung war aggressiv ausschließend. Jüdische Student/innen, die solche Veranstaltungen mitorganisierten, sahen sich plötzlich im Kreuzfeuer – nicht nur von rechts, sondern von jenen, die sich selbst als antifaschistisch verstanden.

Selbst der versuchte Brandanschlag auf das jüdische Gemeindehaus in Berlin im November 1969 wurde in Teilen der studentischen Linken relativiert oder gar begrüßt. Die Zeitschrift „AGIT 883“ bezeichnete ihn als „Zeichen solidarischer Unterstützung für die kämpfenden Fedajin“¹⁶. Solche Aussagen machen deutlich, wie antizionistische Rhetorik in kürzester Zeit in offene Feindseligkeit gegenüber jüdischem Leben mündete.

¹⁴ Hahn (2023), S. 275.

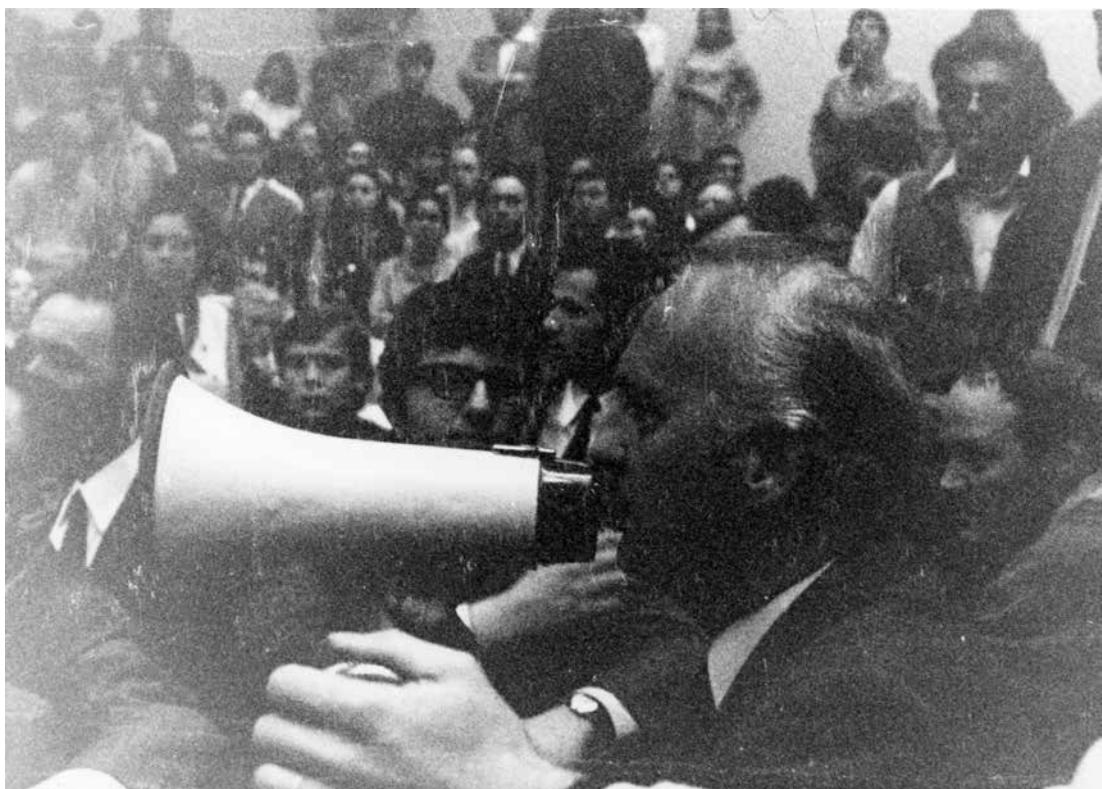
¹⁵ Lewy, Hermann (1969): Früchte des Hasses. In: Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland (Düsseldorf), Nr. 12 vom 28.06.1969.

¹⁶ Fichter, Tilman (1984): Der Staat Israel und die neue Linke in Deutschland. In: Karlheinz Schneider / Nikolaus Simon (Hrsg.): Solidarität und deutsche Geschichte. Die Linke zwischen Antisemitismus und Israelkritik. Berlin: Elefanten Press, S. 81–98.

Diese Entwicklung markierte für viele jüdische Studierende eine bittere Enttäuschung. Die Hoffnung, dass die linke Studierendenbewegung ein natürlicher Verbündeter im Kampf gegen Antisemitismus sein könnte, erwies sich zunehmend als Illusion. Antifaschismus wurde zur Leerformel, die zwar „Auschwitz nie wieder“ proklamierte, aber das Existenzrecht Israels in Frage stellte.

Die jüdische Studentin Edith beschreibt ihre Erfahrung an der FU Berlin 1972 mit beißender Klarheit: „Sie (die deutschen Studenten – Anm. UK) waren begeistert über den Ärger, den sie bei ihren Eltern verursachten. [...] Aber geändert hatte sich nichts. Juden, Judentum, Antisemitismus – mit all dem wollten sie eigentlich nichts zu tun haben. Die neue israelische Regierung war ihrer Meinung nach so schlimm wie die Faschisten.“¹⁷

Für viele jüdische Studierende bedeutete dies eine erneute Marginalisierung – diesmal nicht durch Konservative oder Rechte, sondern ausgerechnet durch jene, die sich als progressiv, antifaschistisch und emanzipatorisch verstanden.



Asher Ben-Natan an der Universität Frankfurt, 1969 © Privat

¹⁷ Sichrovsky, Peter (Hrsg.) (1985): Wir wissen nicht, was morgen wird, wir wissen wohl, was gestern war. Junge Juden in Deutschland und Österreich. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Gegenwart und Verantwortung – Antisemitismus im akademischen Raum heute

Abschließend lässt sich festhalten, dass sich an deutschen Universitäten seit den 1970er Jahren zweifellos vieles gewandelt hat: Die Sichtbarkeit jüdischer Stimmen hat zugenommen, Einrichtungen der Antisemitismusforschung wurden etabliert, und eine kritische Auseinandersetzung mit Erinnerungskultur sowie Verantwortung aus der Geschichte ist vielerorts fester Bestandteil universitärer Bildung geworden.

Gleichzeitig ist Antisemitismus damit nicht überwunden. Vielmehr zeigen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte, dass sich antisemitische Muster – teils in kodierter, teils in neuer Form – immer wieder aktualisieren. Insbesondere im Kontext internationaler Konflikte, etwa im Nahen Osten, sind an Universitäten wiederholt Debatten entbrannt, in denen antijüdische Ressentiments unter dem Deckmantel sogenannter „Israelkritik“ artikuliert wurden. Solche Diskurse bedienen sich häufig eines antikolonialen Vokabulars, das Israel pauschal als imperialistische Macht darstellt – und dabei antisemitische Narrative reproduziert, die die jüdische Selbstbestimmung delegitimieren oder dämonisieren.

Diese Entwicklungen unterstreichen, dass Antisemitismus nicht allein ein historisches Phänomen ist, sondern auch in der Gegenwart intellektuelle Ausdrucksformen finden kann. Der akademische Raum bleibt daher gefordert – nicht nur im Sinne kritischer Reflexion, sondern auch als Ort der Verantwortung und solidarischen Wachsamkeit.

Literatur:

Bax, Daniel (2021): Historiker über Professoren nach 1945: „1954 war auch der Letzte wieder da“. In: taz, 18.06.2021.

URL: <https://taz.de/Historiker-ueber-Professoren-nach-1945/!5725659/> [abgerufen am 17.07.2025].

Fichter, Tilman (1984): Der Staat Israel und die neue Linke in Deutschland. In: Karlheinz Schneider / Nikolaus Simon (Hrsg.): Solidarität und deutsche Geschichte. Die Linke zwischen Antisemitismus und Israelkritik. Berlin: Elefanten Press, S. 81–98.

Hahn, Jonas (2023): Die Deutsch-Israelischen Studiengruppen und die frühen studentischen Kontakte mit Israel 1948–1972. Göttingen: Wallstein.

Harris, Jill Werman (2017): Their Classmates Followed Hitler. They Chose Medical School in Germany. In: Tablet Magazine, 26.07.2017. URL: <https://www.tabletmag.com/sections/community/articles/their-classmates-followed-hitler> [abgerufen am 17.07.2025].

Kashi, Uriel (2005): Religiöse und kulturelle Identität jüdischer Studenten in Westdeutschland zwischen 1968 und 1989. Eine Untersuchung am Beispiel der Geschichte des Bundesverbandes jüdischer Studenten in Deutschland. Magisterarbeit, Freie Universität Berlin.

Lewy, Hermann (1969): Früchte des Hasses. In: Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland (Düsseldorf), Nr. 12 vom 28.06.1969.

Marx, Karl (1963): Zum Fall Hofstätter. Eine Stellungnahme des Herausgebers der Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland.
In: Die Zeit, Nr. 37, 13.09.1963.

Sichrovsky, Peter (Hrsg.) (1985): Wir wissen nicht, was morgen wird, wir wissen wohl, was gestern war. Junge Juden in Deutschland und Österreich. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Varon, Jeremy (2014): The New Life. Jewish Students of Postwar Germany. Detroit: Wayne State University Press.

Velke-Schmidt, Marcus (2010): Zwischen Universität und Lagerleben. Zum Studium von Displaced Persons in Bonn und Köln.
In: Mediengeschichte, Essen, S. 177–207.

Wetzel, Juliane (1995): „Displaced Persons“. Ein vergessenes Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 7-8/1995), S. 34–39.